

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXI
Einleitung . . . . .	1
§ 1 <i>Einführung: Personenbezogene Daten als „Zahlungsmittel“ in der digitalen Gesellschaft</i> . . . . .	1
§ 2 <i>Gegenstand und Gang der Untersuchung</i> . . . . .	7
Teil 1: Grundlagen datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	27
Kapitel 1: Datenfinanzierte Geschäftsmodelle – Erscheinungsformen und Interessenlage . . . . .	29
§ 3 <i>Praktische Erscheinungsformen datenfinanzierter Geschäftsmodelle</i> . . . . .	29
§ 4 <i>Interessenlage der Beteiligten</i> . . . . .	36
Kapitel 2: Regulatorische Rahmenbedingungen datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	50
§ 5 <i>Grundrechtliche Ausgangspunkte: Informationelle Selbstbestimmung und Vertragsfreiheit</i> . . . . .	50
§ 6 <i>Datenschutzrechtliche Regulierung</i> . . . . .	62
§ 7 <i>Vertragsrechtliche Regulierung</i> . . . . .	76
Kapitel 3: Vertragliche Bindung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	93
§ 8 <i>Der Vertragsschluss in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</i> . . . . .	93
§ 9 <i>Die Wirksamkeit von Verträgen in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</i> . . . . .	98

<b>Kapitel 4: Die datenschutzrechtliche Einwilligung als Grundlage der Datenverarbeitung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</b>	114
<i>§ 10 Die Bedeutung der datenschutzrechtlichen Einwilligung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</i>	114
<i>§ 11 Die Wirksamkeitsvoraussetzungen der datenschutzrechtlichen Einwilligung</i>	162
<i>§ 12 Das Recht zum Widerruf der Einwilligung</i>	185
<i>§ 13 Die datenschutzrechtliche Einwilligung auf der „Stufenleiter der Gestattungen“</i>	191
<b>Kapitel 5: Die datenschutzrechtliche Einwilligung als Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen</b>	216
<i>§ 14 Das Verhältnis zwischen datenschutzrechtlicher Einwilligung und Schuldvertrag im unionsrechtlichen Regelungsrahmen</i>	216
<i>§ 15 Die Erteilung der datenschutzrechtlichen Einwilligung als Vertragsgegenstand</i>	234
<i>§ 16 Zusammenfassung zu Teil 1</i>	276
<b>Teil 2: Informationelle Freiheit und Selbstbestimmung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</b>	277
<b>Kapitel 6: Die Freiwilligkeit der Einwilligung in Vertragsverhältnissen</b>	279
<i>§ 17 Die Freiwilligkeit der datenschutzrechtlichen Einwilligung</i>	280
<i>§ 18 Freiwilligkeitsrelevante Umstände in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</i>	308
<i>§ 19 Vorschlag eines Modells zu Bestimmung der Freiwilligkeit in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</i>	368
<i>§ 20 Zwischenergebnis zu Kapitel 6</i>	384
<b>Kapitel 7: Individuelle Information und Missbrauchsschutz als Maßnahmen zur Förderung informationeller Freiheit</b>	386
<i>§ 21 Exponierte Information des Betroffenen</i>	387
<i>§ 22 Komplexitätsreduktion in der Informationsdarstellung</i>	399
<i>§ 23 Reichweitenbegrenzung der datenschutzrechtlichen Einwilligung</i>	420
<i>§ 24 Zwischenergebnis zu Kapitel 7</i>	437

Teil 3: Vertragsbindung und -äquivalenz in datenfinanzierten Geschäftsmode	439
Kapitel 8: Das Recht zum Widerruf der Einwilligung als (potenzielle) Störung der Vertragsbindung und -äquivalenz . . . . .	441
§ 25 <i>Das Recht zum Widerruf der Einwilligung als datenschutzrechtlich zwingendes Recht . . . . .</i>	442
§ 26 <i>Beschränkungen des Rechts zum Widerruf auf Grundlage vertraglicher Disposition und Bindung . . . . .</i>	454
Kapitel 9: Mechanismen zur Erhaltung der Vertragsäquivalenz	488
§ 27 <i>Vertragsrechtliche Implikationen des Einwilligungswiderrufs . . . . .</i>	488
§ 28 <i>Instrumente zur Erhaltung der Vertragsäquivalenz . . . . .</i>	514
§ 29 <i>Zwischenergebnis zu Kapitel 9 . . . . .</i>	538
Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussbetrachtung . . . . .	541
§ 30 <i>Die Grundlagen datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .</i>	541
§ 31 <i>Informationelle Freiheit und Selbstbestimmung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .</i>	543
§ 32 <i>Vertragsbindung und -äquivalenz in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .</i>	548
§ 33 <i>Schlussbetrachtung . . . . .</i>	551
Literaturverzeichnis . . . . .	555
Sachregister . . . . .	599

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXI
Einleitung . . . . .	1
<i>§ 1 Einführung: Personenbezogene Daten als „Zahlungsmittel“ in der digitalen Gesellschaft</i> . . . . .	1
<i>§ 2 Gegenstand und Gang der Untersuchung</i> . . . . .	7
I. Ausgangspunkt: Fragmentäre Regulierungsstrukturen des Austausches „Dienst gegen Daten“ . . . . .	8
II. Die datenschutzrechtliche Einwilligung als Vertragsgegenstand . . . . .	14
1. Vertragliche Bindung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	15
2. Streit über den maßgeblichen datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestand . . . . .	15
3. Die Diskussion über die Zulässigkeit „qualifizierter Einwilligungsvarianten“ . . . . .	16
4. Das Verhältnis zwischen Einwilligung und Schuldvertrag . . . . .	17
5. Vertragliche Ausgestaltung des Austausches „Dienst gegen Daten“ . . . . .	17
III. Selbstbestimmung und Freiwilligkeit der Einwilligung . . . . .	18
1. Die umstrittene Auslegung des Art. 7 Abs. 4 DS-GVO . . . . .	20
2. Fehlende Systematisierung der Beurteilung der Freiwilligkeit in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	20
3. Versagen des datenschutzrechtlichen Informationsmodells im Kontext datenfinanzierter Dienste . . . . .	22
4. Inhaltskontrolle datenschutzrechtlicher Einwilligungen . . . . .	22
IV. Einwilligungswiderruf und Vertragsbindung . . . . .	23
1. Begrenzung des Rechts zum Widerruf der Einwilligung . . . . .	23
2. Vertragsrechtliche Folgen des Einwilligungswiderrufs und Wahrung der Vertragsäquivalenz . . . . .	24
V. Gang der Untersuchung . . . . .	25

Teil 1: Grundlagen datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	27
Kapitel 1: Datenfinanzierte Geschäftsmodelle – Erscheinungsformen und Interessenlage . . . . .	
<i>§ 3 Praktische Erscheinungsformen datenfinanzierter Geschäftsmodelle</i>	29
I. Vollständig datenfinanzierte Geschäftsmodelle . . . . .	31
II. Freemium-Modelle . . . . .	32
III. Rabattmodelle . . . . .	34
IV. <i>Data on top</i> -Modelle . . . . .	35
<i>§ 4 Interessenlage der Beteiligten</i> . . . . .	36
I. Interessenlage der Nutzer datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	36
1. Individuelle Vorteile der Nutzung datenfinanzierter Dienste . . . . .	36
2. Die Risiken datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	38
a) Verarbeitungsrisiken und ihre (potenziellen) Folgen für den Betroffenen . . . . .	38
b) Strukturelle Unterlegenheit des Nutzers . . . . .	41
c) Informations- und Rationalitätsdefizite des Betroffenen . . . . .	42
II. Interessenlage der Anbieter datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	45
1. Ökonomische Interessen . . . . .	46
2. Reputationsbezogene Interessen . . . . .	49
Kapitel 2: Regulatorische Rahmenbedingungen datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	
<i>§ 5 Grundrechtliche Ausgangspunkte: Informationelle Selbstbestimmung und Vertragsfreiheit</i> . . . . .	50
I. Das „Datenschutzgrundrecht“ des Art. 8 EU-GRCh . . . . .	50
1. Die abwehrrechtliche Dimension des Datenschutzgrundrechts . . . . .	52
a) Der Schutzbereich des Art. 8 Abs. 1 EU-GRCh . . . . .	52
b) Die Legitimation von Einschränkungen des Schutzbereiches . . . . .	54
c) Die (mittelbare) Wirkungsdimension des Grundrechts . . . . .	56
2. Objektiv-rechtliche Gewährleistungen des Art. 8 EU-GRCh . . . . .	58
II. Die Vertragsfreiheit . . . . .	59
<i>§ 6 Datenschutzrechtliche Regulierung</i> . . . . .	62
I. Der Anwendungsbereich der DS-GVO . . . . .	63
1. Der sachliche Anwendungsbereich . . . . .	63
2. Der räumliche Anwendungsbereich . . . . .	66

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XV
a) Das Niederlassungsprinzip . . . . .	67
b) Das Marktorientprinzip . . . . .	68
II. Datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	70
III. Die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung . . . . .	70
1. Der Erlaubnisvorbehalt des Art. 6 Abs. 1 DS-GVO als Grundlage des regulatorischen Schutzkonzepts . . . . .	71
2. Privilegierungsfeindlichkeit des Erlaubnisvorbehaltes . . . . .	74
§ 7 <i>Vertragsrechtliche Regulierung</i> . . . . .	76
I. Die Richtlinie (EU) 2019/770 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen . . . . .	76
1. Verbraucherverträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte und Dienstleistungen . . . . .	78
a) „Digitale Inhalte“ und „digitale Dienstleistungen“ . . . . .	78
b) Abgrenzung zum Anwendungsbereich der Richtlinie (EU) 2019/771 . . . . .	81
2. Die Bereitstellung personenbezogener Daten durch den Verbraucher	82
3. Die Zahlung eines Preises durch den Verbraucher in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	83
4. Die Umsetzung der DID-RL im BGB . . . . .	84
II. Vorgaben des allgemeinen Verbraucherschutzrechts . . . . .	85
1. Erweiterung des Anwendungsbereichs der Verbraucherrechte- Richtlinie und der §§ 312 ff. BGB . . . . .	86
2. Verbraucherrechtliche Widerrufsrechte . . . . .	88
a) Ausschluss des Widerrufsrechts bei vollständiger Erbringung einer Dienstleistung . . . . .	89
b) Ausschluss des Widerrufsrechts bei der Bereitstellung datenträgerloser digitaler Inhalte . . . . .	90
c) Rechtsfolgen des Verbraucherwiderrufs . . . . .	91
 Kapitel 3: Vertragliche Bindung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	 93
§ 8 <i>Der Vertragsschluss in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</i> . . . . .	93
I. Registrierungspflichtige Angebote . . . . .	95
II. Registrierungsfreie Angebote . . . . .	96

<i>§ 9 Die Wirksamkeit von Verträgen in datenfinanzierten Geschäftsmode</i> llen . . . . .	98
I. Vereinbarkeit von Verträgen über die Verarbeitung personenbezogener Daten mit dem Datenschutzgrundrecht . . . . .	99
1. Die Rechtsauffassung des <i>EDSB</i> und ihre möglichen Konsequenzen	101
2. Die Reaktion des Unionsgesetzgebers . . . . .	103
3. Keine Beschränkung der Vertragsfreiheit durch das Datenschutzgrundrecht . . . . .	104
a) Die Invalidität des Organhandelsvergleichs im Lichte der EU-GRCh . . . . .	104
b) Kein Verbot von Verträgen über die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Grundlage von Art. 8 Abs. 2 EU-GRCh . . . . .	105
II. Keine Begrenzung der Vertragsfreiheit durch die DS-GVO . . . . .	106
1. Keine vertragliche Nichtigkeitsanordnung durch die DS-GVO in Bezug auf datenfinanzierte Geschäftsmodelle . . . . .	107
2. Keine vertragsrechtliche Begrenzung der Einwilligung im Schuldvertrag durch die DS-GVO . . . . .	109
a) Das Recht zum Widerruf der Einwilligung gem. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO . . . . .	109
b) Das „Kopplungsverbot“ des Art. 7 Abs. 4 DS-GVO . . . . .	110
III. Keine Nichtigkeit infolge „algorithmischer Fremdbestimmung“ in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	111
<b>Kapitel 4: Die datenschutzrechtliche Einwilligung als Grundlage der Datenverarbeitung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</b>	114
<i>§ 10 Die Bedeutung der datenschutzrechtlichen Einwilligung in datenfinanzierten Geschäftsmode</i> llen . . . . .	114
I. Das Binnenverhältnis der Erlaubnistarbestände des Art. 6 Abs. 1 DS-GVO . . . . .	117
II. Die Bedeutung des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	122
1. Meinungsstand . . . . .	124
2. Keine Erledigung des Meinungsstreits durch das Inkrafttreten der DID-RL . . . . .	128
3. Das Kriterium der „Erforderlichkeit“ als Grenze der Legitimationswirkung des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO . . . . .	129
a) Das Kriterium der Erforderlichkeit . . . . .	130

b) Der Bezugspunkt der Erforderlichkeit . . . . .	132
aa) Die Vertragsfreiheitstheorie . . . . .	132
bb) Die Kernvertragstheorie . . . . .	133
cc) Der Vertragskern als maßgeblicher Bezugspunkt der Erforderlichkeit . . . . .	135
4. Keine Anwendung des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	138
a) Die Grenzen der Kernvertragstheorie in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	138
b) Systemwidrige Konsequenzen einer Anwendung des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	142
aa) Schutzdefizit vertragsrechtlicher Konzepte . . . . .	142
bb) Unterlaufen der spezifischen Wirksamkeitsvoraussetzungen der Einwilligung . . . . .	144
cc) Limitierung des Anwendungsbereiches der DID-RL . . . . .	145
c) Eigener Ansatz: Restriktive Auslegung des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO . . . . .	145
aa) Bisherige Begründungsansätze und ihre Defizite . . . . .	146
bb) Ankerpunkte einer restriktiven Auslegung des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO im Kontext datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	148
III. Die Bedeutung des Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	150
1. Die Diskussion über die Anwendbarkeit des Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	151
2. Die Anwendung von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	153
a) Berechtigte Interessen der Verantwortlichen in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	153
b) Die Erforderlichkeit von Datenverarbeitungen . . . . .	154
c) Die Interessenabwägung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	156
aa) Die Leitlinien der Abwägung im Allgemeinen . . . . .	156
bb) Die Abwägung im Kontext datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	158
IV. Zwischenergebnis . . . . .	161

<i>§ 11 Die Wirksamkeitsvoraussetzungen der datenschutzrechtlichen Einwilligung</i> . . . . .	162
I. Willensbekundung des Betroffenen . . . . .	164
1. Das Erfordernis der aktiven Einwilligung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	165
2. Praktische Implikationen . . . . .	166
II. Inhaltliche Anforderungen . . . . .	169
III. Subjektive Anforderungen . . . . .	171
1. Einwilligungsbewusstsein . . . . .	171
2. Einwilligungsfähigkeit . . . . .	171
a) Regelungsgehalt und Anwendungsvoraussetzungen des Art. 8 DS-GVO . . . . .	172
b) Datenfinanzierte Dienste als Dienste der Informationsgesellschaft . . . . .	173
IV. Informiertheit . . . . .	175
1. Die Informiertheit des Betroffenen als objektive Anforderung . . . . .	176
2. Der Inhalt der Information . . . . .	178
V. Spezifische Anforderungen an die Einwilligung in allgemeinen Geschäftsbedingungen . . . . .	180
VI. Ergänzende Anwendung mitgliedsstaatlicher Vorschriften . . . . .	182
<i>§ 12 Das Recht zum Widerruf der Einwilligung</i> . . . . .	185
I. Die Ausübung des Rechts zum Widerruf der Einwilligung . . . . .	187
1. Formelle Anforderungen . . . . .	188
2. Keine materiellen Anforderungen . . . . .	189
II. Die datenschutzrechtlichen Folgen des Widerrufs . . . . .	189
III. Die Information über das Widerrufsrecht . . . . .	190
<i>§ 13 Die datenschutzrechtliche Einwilligung auf der „Stufenleiter der Gestattungen“</i> . . . . .	191
I. Die „Stufenleiter der Gestattungen“ als Modell zur Systematisierung rechtlicher Gestattungsformen . . . . .	192
1. Die Grundzüge der „Stufenleiter der Gestattungen“ im deutschen Zivilrecht . . . . .	192
2. Entsprechungen der „Stufenleiter der Gestattungen“ im unionalen Rechtsrahmen . . . . .	193
II. Die Zulässigkeit „qualifizierter Einwilligungsvarianten“ im europäischen Datenschutzrecht . . . . .	194
1. Translative Rechtsübertragungen im unionalen Datenschutzrecht . . . . .	196
2. Konstitutive Rechtsübertragungen im europäischen Datenschutzrecht . . . . .	200

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIX
a) Die Diskussion über ausschließliche Datennutzungsrechte . . . . .	202
b) Einfache Datennutzungsrechte im Regelungsrahmen der DS-GVO . . . . .	203
c) Die Unvereinbarkeit konstitutiver Datennutzungsrechte mit dem Rechtsrahmen der DS-GVO . . . . .	204
aa) Der datenschutzrechtliche Einwilligungs begriff und sekundärrechtliche Lizenzmodelle . . . . .	204
bb) Systematische Friktionen der Anerkennung einfacher Datennutzungsrechte unter der DS-GVO . . . . .	208
3. Die Einwilligung als schuldrechtlicher Gestattungsvertrag . . . . .	208
a) Das Konzept der schuldvertraglichen Einwilligung . . . . .	209
aa) Die Grundzüge der schuldvertraglichen Einwilligung . . . . .	210
bb) Kritik am Konzept der schuldvertraglichen Einwilligung . .	211
b) Schuldrechtliche Gestattung der Datenverarbeitung unter der DS-GVO . . . . .	212
aa) Der Vorschlag der Öffnung der DS-GVO zugunsten schuldrechtlicher Gestattungen . . . . .	212
bb) Das Konzept einer schuldrechtlichen Gestattung im Lichte des Einwilligungskonzepts der DS-GVO . . . . .	213
<b>Kapitel 5: Die datenschutzrechtliche Einwilligung als Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen . . . . .</b>	<b>216</b>
<i>§ 14 Das Verhältnis zwischen datenschutzrechtlicher Einwilligung und Schuldvertrag im unionsrechtlichen Regelungsrahmen . . . . .</i>	<i>216</i>
I. Datenschutzrechtliche Einwilligung und Schuldvertrag als getrennte Rechtsakte . . . . .	217
II. Die rechtliche Beziehung zwischen Einwilligung und Schuldvertrag – Abstraktions- vs. Kausalprinzip . . . . .	222
1. Meinungsstand: Abstraktionsprinzip vs. Kausalprinzip . . . . .	222
2. Grundlagen eines sekundärrechtlichen Abstraktionsprinzips . . . .	226
a) Das Risiko der Fragmentierung der Einwilligungs- voraussetzungen auf Grundlage eines Kausalprinzips . . . . .	226
b) Grundlagen einer Abstraktion in der DID-RL . . . . .	228
c) Grundlagen einer Abstraktion in der DS-GVO . . . . .	230
aa) Abstraktion vom nationalen Vertragsrecht nach Art. 8 Abs. 3 DS-GVO . . . . .	231
bb) Abstraktion im Rahmen der Erlaubnistatbestände des Art. 6 Abs. 1 DS-GVO . . . . .	232

cc) Abstraktion im Rahmen des Trennungsgebotes des Art. 7 Abs. 2 DS-GVO . . . . .	232
dd) Der Durchbrechungsvorbehalt des Art. 7 Abs. 4 DS-GVO . . . . .	233
III. Zwischenergebnis zu § 14 . . . . .	234
<i>§ 15 Die Erteilung der datenschutzrechtlichen Einwilligung als Vertragsgegenstand . . . . .</i>	234
I. (Fehlende) Regulatorische Vorgaben für die Einwilligung als Vertragsgegenstand . . . . .	236
1. Die Regelung der „Bereitstellung“ personenbezogener Daten durch die DID-RL . . . . .	236
a) Die Erteilung der Einwilligung als Komponente der „Bereitstellung“ personenbezogener Daten . . . . .	237
b) Fehlen vertragsrechtlicher Vorgaben in Art. 3 Abs. 1 DID-RL . . . . .	238
aa) Die Genese des Art. 3 Abs. 1 DID-RL – ein „Entschärfungsprozess“ . . . . .	239
bb) Keine Typisierung eines Synallagmas durch Art. 3 Abs. 1 DID-RL . . . . .	241
2. Die Regelungen zur „Bereitstellung“ personenbezogener Daten im deutschen Vertragsrecht . . . . .	243
a) Keine Determinierung der vertragsrechtlichen Einordnung durch die §§ 327 ff. BGB . . . . .	243
b) Die Grenzen des vertragstypologischen Regelungsmodells des BGB . . . . .	245
aa) Typengemischte Verträge in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	245
bb) Die Implikationen des § 516a Abs. 1 BGB . . . . .	246
II. Die Erteilung der datenschutzrechtlichen Einwilligung als Gegenstand vertraglicher Gestaltungsinstrumente . . . . .	249
1. Die Bereitstellung personenbezogener Daten als Gegenstand von Leistungspflichten . . . . .	250
2. Die Bereitstellung personenbezogener Daten als Gegenstand von vertraglichen Bedingungen . . . . .	252
III. Die Modelle zur dogmatischen Erfassung . . . . .	253
1. Synallagmatisches Modell . . . . .	254
a) Grundlagen des Modells . . . . .	256
b) Modifikationen des Modells . . . . .	259
aa) Beschränkungen der Klagbarkeit, Durchsetzbarkeit und Vollstreckbarkeit . . . . .	260
bb) Synallagmatisches Modell mit Ersetzungsbefugnis . . . . .	262

c) Vereinbarkeit mit vertragsrechtlichen Vorgaben . . . . .	263
2. Konditionale Modelle . . . . .	264
a) Schuldrechtliches Konditionalmodell . . . . .	264
aa) Grundlagen des Modells . . . . .	265
bb) Vereinbarkeit mit den Vorgaben der §§ 327 ff. BGB . . . . .	267
b) Einwilligungsakzessorisches Konditionalmodell . . . . .	267
aa) Grundlagen des Modells . . . . .	269
bb) Vereinbarkeit mit den Vorgaben der §§ 327 ff. BGB . . . . .	269
3. Realvertragsmodell . . . . .	270
a) Grundlagen des Modells . . . . .	270
b) Vereinbarkeit mit vertragsrechtlichen Vorgaben . . . . .	272
aa) Die Zulässigkeit realvertraglicher Gestaltungen . . . . .	272
bb) Vereinbarkeit mit den Vorgaben der §§ 327 ff. BGB . . . . .	274
4. Der Ausschluss kausaler Leistungsverknüpfungen . . . . .	274
IV. Zwischenergebnis zu § 15 . . . . .	275
<i>§ 16 Zusammenfassung zu Teil 1</i> . . . . .	276
 Teil 2: Informationelle Freiheit und Selbstbestimmung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	277
 Kapitel 6: Die Freiwilligkeit der Einwilligung in Vertragsverhältnissen . . . . .	279
<i>§ 17 Die Freiwilligkeit der datenschutzrechtlichen Einwilligung</i> . . . . .	280
I. Freiwilligkeit als Resultat einer gesamtkontextuellen Betrachtung . .	281
1. Die Vorgaben der Erwägungsgründe 42 und 43 DS-GVO . . . . .	281
2. Die Voraussetzungen einer „echten und freien Wahl“ des Betroffenen . . . . .	282
a) Abwesenheit von Zwang . . . . .	282
b) Abwesenheit freiwilligkeitsausschließender Nachteile . . . . .	283
c) Abstrakte Zwangslagen . . . . .	284
II. Die Kopplungsregelung des Art. 7 Abs. 4 DS-GVO . . . . .	285
1. Die <i>ratio legis</i> des Art. 7 Abs. 4 DS-GVO . . . . .	286
2. Die Anwendungsvoraussetzungen des Art. 7 Abs. 4 DS-GVO . . .	287
a) Einwilligung in eine nicht zur Erfüllung des Vertrages erforderliche Datenverarbeitung . . . . .	288
b) Vorliegen einer Kopplungslage . . . . .	289
3. Der Streit über die Rechtsfolge des Art. 7 Abs. 4 DS-GVO . . . .	291

a) Überblick über den Meinungsstand . . . . .	291
aa) „Absolutes“ Kopplungsverbot . . . . .	291
bb) Widerlegbare Vermutung der Unfreiwilligkeit . . . . .	293
cc) Art. 7 Abs. 4 DS-GVO als Berücksichtigungsgebot . . . . .	294
dd) Die <i>Meta Platforms Inc/Bundeskartellamt</i> -Entscheidung des EuGH . . . . .	295
b) Die Einordnung von Art. 7 Abs. 4 DS-GVO als Berücksichtigungsgebot . . . . .	297
aa) Art. 7 Abs. 4 DS-GVO als absolutes Kopplungsverbot . . . . .	297
(1) Die Genese des Art. 7 Abs. 4 DS-GVO . . . . .	297
(2) Die Bedeutung von ErwGr. 43 S. 2 DS-GVO bei der Auslegung . . . . .	298
(3) Implikationen für die Bedeutung der Einwilligung und den Anwendungsbereich der DID-RL . . . . .	299
(4) Primärrechtliche Erwägungen . . . . .	302
bb) Art. 7 Abs. 4 DS-GVO als Vermutungsregelung . . . . .	303
(1) Die Wertung des ErwGr. 43 S. 2 DS-GVO . . . . .	304
(2) Systematischer Vergleich des Art. 7 Abs. 4 DS-GVO mit sekundärrechtlichen Vermutungsregelungen . . . . .	305
cc) Art. 7 Abs. 4 DS-GVO als Berücksichtigungsgebot . . . . .	307
4. Implikationen für datenfinanzierte Geschäftsmodelle . . . . .	307
 § 18 Freiwilligkeitsrelevante Umstände in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	308
I. Freiwilligkeitsausschließende Umstände . . . . .	309
1. Vertragliche Pflichten zur Einwilligungserteilung . . . . .	309
a) Vertragliche Pflichten zur Erteilung der Einwilligung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	310
b) Vertragliche Absicherung der Freiwilligkeit im klassischen synallagmatischen Modell . . . . .	311
aa) Vollstreckungsverzicht . . . . .	312
bb) Peremptorischer Klageverzicht . . . . .	314
2. Freiwilligkeitsausschließende Nachteile bei der Verweigerung bzw. dem Widerruf der Einwilligung . . . . .	315
a) Die Diskussion über die Anforderungen an freiwilligkeitsausschließende Nachteile . . . . .	315
b) Freiwilligkeitsausschließende Nachteile im Rahmen datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	316
II. Freiwilligkeitsgefährdende Umstände . . . . .	319
1. Fehlende Auswahlmöglichkeiten des Betroffenen . . . . .	319

2. Ungleichgewichtslagen . . . . .	322
a) Verbrauchereinwilligungen . . . . .	323
b) Marktmacht . . . . .	324
c) Netzwerk- und Bindungseffekte . . . . .	326
3. Sozialer Druck . . . . .	328
4. Übermäßige Anreize . . . . .	331
5. Besondere Angewiesenheit des Betroffenen auf die Leistung . . . . .	333
a) Implikationen für die Beurteilung der Freiwilligkeit . . . . .	333
b) Besondere Angewiesenheit in datenfinanzierten Geschäftsmode	335
aa) Kartellrechtliche Konzepte als Orientierungspunkt . . . . .	335
bb) Betrachtung der Kategorien datenfinanzierter Geschäftsmode	337
(1) Zugang zu digitalen Inhalten . . . . .	337
(2) Telematik-Versicherungstarife . . . . .	338
(3) Online-Suchmaschinen . . . . .	338
(4) Soziale Netzwerke . . . . .	339
III. Freiwilligkeitsfördernde Umstände . . . . .	340
1. Kompensatorische vertragsrechtliche Ausgleichsmechanismen . .	340
a) Vertragsbeendigungsrechte . . . . .	341
b) Ersetzungsbefugnis . . . . .	341
2. Überobligatorische Information über das datenfinanzierte Geschäftsmode	341
3. Existenz gleichwertiger Alternativangebote . . . . .	344
a) Überblick über den Diskussionsstand . . . . .	344
aa) Die streitige Bedeutung von Alternativangeboten im Rahmen der Freiwilligkeit . . . . .	345
bb) Die Diskussion über den relevanten Anbieter des Alternativangebotes . . . . .	346
cc) Inhaltliche Anforderungen an das Alternativangebot . . . . .	346
dd) Einordnung der <i>Meta Platforms Inc.</i> -Entscheidung des EuGH . . . . .	347
b) Die Bereithaltung eines entgeltlichen Alternativzugangs durch den Anbieter . . . . .	349
aa) Praktische Beispiele entgeltlicher Alternativangebote . . . . .	349
bb) Die Gleichwertigkeit entgeltlicher Alternativzugänge . . . . .	351
cc) Grundrechtliche Bedenken gegen eine Pflicht zur Bereitstellung eines entgeltlichen Alternativzugangs . . . . .	353
(1) Eingriff in den Schutzbereich der unternehmerischen Freiheit . . . . .	354

(2) Fehlende Bestimmtheit der normativen Grundlagen eines entgeltlichen Alternativmodells . . . . .	355
(3) Verhältnismäßigkeit eines anbieterbezogenen entgeltlichen Alternativmodells . . . . .	357
dd) Implikationen für die Berücksichtigung entgeltlicher Alternativzugänge im Rahmen der Freiwilligkeit . . . . .	359
c) Die Forderung des <i>EDSA</i> nach einer (weiteren) „äquivalenten Alternative“ . . . . .	359
aa) Der Adressatenkreis der Stellungnahme . . . . .	360
bb) Das Erfordernis einer „äquivalenten Alternative“ in Gestalt einer freien Alternative ohne <i>behavioral advertising</i> . . . . .	361
cc) Bewertung . . . . .	362
d) Die Verfügbarkeit von Alternativangeboten auf dem Markt . . . . .	365
aa) Praktische Beispiele alternativer Angebote in den Marktsegmenten datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	365
bb) Meinungsstand zur Bedeutung alternativer Angebote im Markt im Rahmen der Freiwilligkeit . . . . .	367
cc) Förderung der Wahlfreiheit durch Alternativangebote im Markt . . . . .	368
<i>§ 19 Vorschlag eines Modells zu Bestimmung der Freiwilligkeit in datenfinanzierten Geschäftsmodellen</i> . . . . .	368
I. Grundlagen und normative Ausgangspunkte eines Zwei-Stufen-Modells . . . . .	369
1. Die Grundstruktur des Zwei-Stufen-Modells . . . . .	369
2. Normative Ausgangspunkte . . . . .	369
3. Grenzen und Prämissen des Modells . . . . .	370
II. Erste Stufe – Vorliegen freiwilligkeitsausschließender Umstände . . . . .	370
III. Zweite Stufe – Die Bestimmung der Freiwilligkeit bei wechselseitig einwirkenden Einzelfallumständen anhand eines <i>Consent-Score</i> . . . . .	371
1. Gewichtung freiwilligkeitsgefährdender Umstände . . . . .	372
a) Kopplungslagen i. S. d. Art. 7 Abs. 4 DS-GVO . . . . .	372
b) Fehlende Auswahlmöglichkeiten des Betroffenen . . . . .	373
c) Ungleichgewicht zwischen dem Betroffenen und dem Verantwortlichen . . . . .	373
d) Sozialer Druck und übermäßige Anreizsetzung . . . . .	374
2. Gewichtung freiwilligkeitsfördernder Umstände . . . . .	374
a) Vertragliche Ausgleichsmechanismen . . . . .	374
b) Überobligatorische Information über das datenfinanzierte Geschäftsmodell . . . . .	374

c) Verfügbarkeit alternativer Angebote . . . . .	375
3. Ermittlung des <i>Consent-Score</i> . . . . .	375
IV. Anwendungsprobe anhand ausgewählter Fallbeispiele . . . . .	377
1. Der Zugang zu Online-Zeitschriftenartikeln im Rahmen rein datenfinanzierter Geschäftsmodelle . . . . .	377
a) Erste Stufe: Freiwilligkeitsausschließende Umstände . . . . .	378
b) Zweite Stufe: Freiwilligkeitsgefährdende und -fördernde Umstände . . . . .	379
c) Ermittlung des <i>Consent-Score</i> . . . . .	380
2. Telematik-Tarife in der Kfz-Versicherung als Rabattmodell . . . . .	381
a) Erste Stufe: Freiwilligkeitsausschließende Umstände . . . . .	381
b) Zweite Stufe: Freiwilligkeitsgefährdende und -fördernde Umstände . . . . .	382
c) Ermittlung des <i>Consent-Score</i> . . . . .	383
§ 20 Zwischenergebnis zu Kapitel 6 . . . . .	384
 Kapitel 7: Individuelle Information und Missbrauchsschutz als Maßnahmen zur Förderung informationeller Freiheit . . . . .	386
§ 21 Exponierte Information des Betroffenen . . . . .	387
I. Die Diskussion um die Anwendung der „Button“-Lösung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	389
II. Analoge Anwendung der „Button“-Lösung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	390
1. Die Voraussetzungen einer analogen Anwendung des Art. 8 Abs. 2 UAbs. 2 VRRL . . . . .	391
a) Vorliegen einer planwidrigen Regelungslücke . . . . .	392
aa) Analogiefähigkeit des Art. 8 Abs. 2 UAbs. 2 VRRL . . . . .	392
bb) Bestand einer planwidrigen Regelungslücke in Bezug auf Art. 8 VRRL . . . . .	392
b) Vergleichbare Interessenlage . . . . .	394
2. Implikationen für den Anwendungsbereich des § 312j Abs. 3 BGB	396
III. Die Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die „Button“-Lösung in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	396
§ 22 Komplexitätsreduktion in der Informationsdarstellung . . . . .	399
I. Anforderungen an ein effektives Informationsmodell . . . . .	401
1. Mehrstufige Informationsmodelle als Ausgangspunkt . . . . .	401
2. Komplexitätsreduktion zur Effektivierung der Information von Betroffenen . . . . .	402

II. Überblick über die im datenschutzrechtlichen Schrifttum vorgeschlagenen Konzepte zur Komplexitätsreduktion der Informationsbereitstellung . . . . .	403
1. <i>Icons, Piktogramme &amp; standardisierte Bildsymbole</i> . . . . .	403
2. Informationen zur Datenverarbeitung auf einem <i>One-Pager</i> . . . . .	404
3. Privacy Nutrition Labels . . . . .	405
III. Der Rechtsrahmen eines „Datenschutz-Barometers“ als Informationsmodell <i>de lege ferenda</i> . . . . .	406
1. Informationskomprimierung durch Ampeln und Barometer im Lebensmittelrecht . . . . .	407
a) Zielsetzung und rechtlicher Hintergrund lebensmittelrechtlicher Informationssysteme . . . . .	408
b) Einzelne (landesrechtliche) Regelungskonzepte zu „Kontrollbarometern“ . . . . .	409
c) Ableitung von Regulierungskomponenten für ein „Datenschutz-Barometer“ . . . . .	410
2. Konzeption und rechtliche Rahmenbedingungen eines „Datenschutz-Barometers“ . . . . .	411
a) Grundkonzeption des „Datenschutz-Barometers“ . . . . .	411
b) Rechtlicher Rahmen des „Datenschutz-Barometers“ . . . . .	412
aa) Einbindung in das datenschutzrechtliche Regelungssystem	412
(1) Ansätze zur Implementierung des „Datenschutz-Barometers“ . . . . .	413
(2) Adressaten des „Datenschutz-Barometers“ . . . . .	414
bb) Unabhängige Kontrollstelle und Bewertungsverfahren . . . . .	415
cc) Bewertung von Datenschutzbedingungen durch einen <i>Privacy Score</i> . . . . .	417
(1) Die Ansätze im Schrifttum . . . . .	417
(2) Risikoorientierte Gesamtbetrachtung als Grundlage des <i>Privacy Score</i> . . . . .	418
§ 23 Reichweitenbegrenzung der datenschutzrechtlichen Einwilligung . . . . .	420
I. Anwendbarkeit der AGB-Kontrolle und Überlagerung durch die DS-GVO . . . . .	421
II. Inhaltskontrolle datenschutzrechtlicher Einwilligungserklärungen . . . . .	423
1. Darstellung des Meinungsstandes . . . . .	423
a) Die Diskussion über eine Inhaltskontrolle der datenschutzrechtlichen Einwilligung als Vertragsgegenstand . . . . .	424
b) Die Diskussion über den relevanten Kontrollmaßstab . . . . .	425
2. Die Defizite des bestehenden Rechtsrahmens . . . . .	427

a) Fehlende normative Grundlagen einer Inhaltskontrolle im Regelungsrahmen der DS-GVO . . . . .	428
b) Systematische Friktionen bei der (Kontroll-)Maßstabsfindung . . . . .	430
3. Vorschlag zur Behebung der bestehenden Regulierungsdefizite <i>de lege ferenda</i> . . . . .	433
III. Praktische Implikationen für datenfinanzierte Geschäftsmodelle . . . . .	435
<i>§ 24 Zwischenergebnis zu Kapitel 7</i> . . . . .	437
 Teil 3: Vertragsbindung und -äquivalenz in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	439
 Kapitel 8: Das Recht zum Widerruf der Einwilligung als (potenzielle) Störung der Vertragsbindung und -äquivalenz . . . . .	441
<i>§ 25 Das Recht zum Widerruf der Einwilligung als datenschutzrechtlich zwingendes Recht</i> . . . . .	442
I. Keine restriktive Auslegung des Art. 7 Abs. 3 DS-GVO . . . . .	443
1. Ansätze zur Restriktion des Rechts zum Widerruf der Einwilligung . . . . .	443
2. Restriktionsfestigkeit des Art. 7 Abs. 3 DS-GVO . . . . .	444
II. Keine grundrechtlich induzierte Begrenzung des Rechts zum Widerruf zur Wahrung ökonomischer Interessen des Verantwortlichen . . . . .	447
1. Bewertung der Rechtsprechung des EuGH . . . . .	448
2. Unterstützende Wertungen des Sekundärrechts . . . . .	449
a) Datenverarbeitung im Bereich der Arzneimittelforschung . . . . .	450
b) Altruistische Datenverarbeitung nach Maßgabe des Data Governance Act . . . . .	452
III. Zwischenergebnis . . . . .	454
<i>§ 26 Beschränkungen des Rechts zum Widerruf auf Grundlage vertraglicher Disposition und Bindung</i> . . . . .	454
I. Überblick über die Ansätze zur Disposition und Einschränkung des Rechts zum Widerruf der Einwilligung . . . . .	455
II. Potenzielle Ansatzpunkte einer vertraglichen Disposition über das Recht zum Widerruf der Einwilligung . . . . .	458
1. Disposition im Wege einer schuldrechtlichen Gestattung . . . . .	458
a) Dogmatische Grundlagen der Disposition über das Recht zum Widerruf . . . . .	458
b) Kritik an einer Beschränkung des Widerrufsrechts auf Grundlage schuldrechtlicher Gestattungen . . . . .	459

2. Vertraglicher Verzicht auf das Recht zum Widerruf der Einwilligung . . . . .	460
a) Das grundrechtliche Spannungsfeld . . . . .	461
b) Gefahr der Aushöhlung des Rechts zum Widerruf der Einwilligung . . . . .	463
c) Aufrechterhaltung von Trennungs- und Abstraktionsprinzip . . . . .	464
3. Vertragliche Vereinbarungen über die Begrenzung des Rechts zum Widerruf . . . . .	465
III. Keine Restriktionen des Rechts zum Widerruf auf Grundlage der vertraglichen Bindung des Betroffenen . . . . .	466
IV. Keine Einschränkung durch das Erfordernis eines Widerrufsgrundes . . . . .	468
V. Einschränkung des Widerrufsrechts auf Grundlage allgemeiner Rechtsgrundsätze . . . . .	469
1. Sondierung der Rechtsgrundlagen . . . . .	471
a) Das Verbot des Rechtsmissbrauchs als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Unionsrechts . . . . .	472
b) Das mitgliedsstaatliche Vertragsrecht als Grundlage des <i>dolo agit</i> -Einwandes . . . . .	474
aa) Potenzielle Grundlagen des <i>dolo agit</i> -Einwandes in der unionalen Rechtsordnung . . . . .	474
bb) Zulässigkeit des Rückgriffs auf Grundsätze der nationalen Zivilrechtsordnungen . . . . .	478
2. Beschränkung des Rechts zum Widerruf auf Grundlage des <i>dolo agit</i> -Einwandes . . . . .	478
a) Der <i>dolo agit</i> -Einwand im klassischen synallagmatischen Modell . . . . .	479
b) Der <i>dolo agit</i> -Einwand im Lichte der Modifikationen des synallagmatischen Modells . . . . .	480
3. Einschränkungen bei missbräuchlichem Einwilligungswiderruf . . . . .	481
a) Keine Einschränkung auf Grundlage einer analogen Anwendung des Art. 12 Abs. 5 DS-GVO . . . . .	482
b) Einschränkung aufgrund des unionsrechtlichen Rechtsmissbrauchsverbots . . . . .	483
VI. Das Dilemma der gestörten Vertragsäquivalenz in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	484
1. Legitimationsgrenzen des Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO nach Einwilligungswiderruf . . . . .	485
2. Die Rolle des Vertragsrechts bei der Erhaltung der Vertragsäquivalenz . . . . .	487

<b>Kapitel 9: Mechanismen zur Erhaltung der Vertragsäquivalenz</b>	<b>488</b>
<i>§ 27 Vertragsrechtliche Implikationen des Einwilligungswiderrufs</i> . . . . .	488
I. Zurückbehaltung der Leistung durch den Anbieter . . . . .	489
1. Vertraglich vereinbarte Zurückbehaltungsrechte . . . . .	489
2. Gesetzliche Zurückbehaltungsrechte . . . . .	490
II. Beendigung des Vertragsverhältnisses . . . . .	492
1. Vertragsbeendigungsrecht des Verantwortlichen . . . . .	494
a) Die Diskussion über Vertragsbeendigungsrechte des Verantwortlichen infolge des Einwilligungswiderrufs . . . . .	494
b) Die Implikationen des § 327q Abs. 2 BGB . . . . .	495
aa) Keine Einschränkungen des Anwendungsbereichs im Lichte europarechtlicher Vorgaben . . . . .	495
bb) Reichweite des § 327q Abs. 2 BGB . . . . .	497
cc) Die Unzumutbarkeit der Fortsetzung der Vertragsbeziehung für den Unternehmer infolge des Einwilligungswiderrufs .	498
2. Vertragsbeendigungsrecht des Betroffenen . . . . .	501
a) Rechtsgrundlagen eines Vertragsbeendigungsrechtes . . . . .	501
b) Verhältnis von Vertragsbeendigungserklärungen zur Ausübung des Rechts zum Widerruf der Einwilligung . . . . .	503
III. Normativer Ausschluss von Ersatzansprüchen infolge des Einwilligungswiderrufs durch § 327q Abs. 3 BGB . . . . .	505
1. Die Diskussion über Wertersatz- und Schadensersatzansprüche infolge des Einwilligungswiderrufs . . . . .	506
a) Die Diskussion über Wertersatzansprüche des Verantwortlichen	506
b) Die Diskussion über Schadensersatzansprüche des Verantwortlichen . . . . .	507
2. Ersatzansprüche als Risiko für die Freiwilligkeit der Einwilligung	508
3. Die Implikationen des § 327q Abs. 3 BGB . . . . .	509
IV. Bewertung des gesetzgeberischen Regelungskonzepts . . . . .	511
<i>§ 28 Instrumente zur Erhaltung der Vertragsäquivalenz</i> . . . . .	514
I. Instrumente der Vertragsgestaltung zur Prävention von Äquivalenzstörungen . . . . .	515
1. Ausgestaltung datenfinanzierter Geschäftsmodelle nach dem <i>Cashback</i> -Konzept . . . . .	516
a) Umsetzung des Cashback-Modells in datenfinanzierten Geschäftsmodellen . . . . .	517
b) Keine Umgehung des § 327q Abs. 3 BGB . . . . .	518
c) Inhaltliche Grenzen der Ausgestaltung . . . . .	519

2. Vertragliche Anpassungsmechanismen . . . . .	520
a) Vereinbarkeit mit den Anforderungen freiwilliger Einwilligungen	521
b) Vereinbarkeit mit den Vorgaben des § 327q Abs. 3 BGB . . . . .	521
c) Zwischenergebnis . . . . .	523
3. Ersetzungsbefugnis . . . . .	524
II. Gesetzliche Vertragsanpassungsansprüche als <i>ultima ratio</i> . . . . .	525
1. Bedürfnis nach Vertragsanpassungen in datenfinanzierten Geschäftsmodeilen . . . . .	525
2. Vereinbarkeit der Vertragsanpassung mit § 327q Abs. 3 BGB und Erhaltung der Freiwilligkeit der Einwilligung . . . . .	527
3. Rechtsgrundlagen der Vertragsanpassung . . . . .	527
a) Das Fehlen einer Störung der Geschäftsgrundlage i. S. d. § 313 Abs. 1 BGB . . . . .	528
b) Vertragsanpassungsanspruch aus § 327q Abs. 2 BGB . . . . .	529
aa) Dogmatische Grundlagen des Vertragsanpassungsanspruchs aus § 327q Abs. 2 BGB . . . . .	530
bb) Zumutbarkeit der Vertragsanpassung für den Verbraucher .	533
c) Vertragsanpassung analog § 327q Abs. 2 BGB abseits von Verträgen über digitale Produkte . . . . .	533
4. Leitlinien der Vertragsanpassung in den Kategorien datenfinanzierter Geschäftsmodeilen . . . . .	536
a) Rein datenfinanzierte Geschäftsmodeile . . . . .	536
b) Freemium-Modelle und Rabattmodelle . . . . .	537
§ 29 Zwischenergebnis zu Kapitel 9 . . . . .	538
Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussbetrachtung . . . . .	541
§ 30 Die Grundlagen datenfinanzierter Geschäftsmodeile . . . . .	541
§ 31 Informationelle Freiheit und Selbstbestimmung in datenfinanzierten Geschäftsmodeilen . . . . .	543
§ 32 Vertragsbindung und -äquivalenz in datenfinanzierten Geschäftsmodeilen . . . . .	548
§ 33 Schlussbetrachtung . . . . .	551
 Literaturverzeichnis . . . . .	555
Sachregister . . . . .	599